

PRESSEINFORMATION

6. Mai 2015

VCI zu Reformvorschlägen der EU-Kommission für Investorenschutz in TTIP

Vorschläge aufgreifen und Verfahren reformieren

Das derzeitige System der Streitbeilegungsverfahren für internationale Freihandelsabkommen zwischen Staaten und Investoren (ISDS) hat Schwächen. Deshalb begrüßt der Verband der Chemischen Industrie (VCI) die von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström jetzt dem Europäischen Parlament und dem Handelsministerrat vorgelegten Eckpunkte für eine ISDS-Reform im Rahmen des geplanten transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP).

VCI-Präsident Marijn Dekkers sagte in Brüssel: „Weltweit tätige Unternehmen brauchen einen rechtlichen Rahmen, der Investitionen vor Enteignung und Diskriminierung schützt – das gilt für Mittelständler und Konzerne. Gleichzeitig muss aber garantiert sein, dass ein Staat nicht in seiner politischen Gestaltungsaufgabe und als Gesetzgeber eingeschränkt wird. Die Kommission hat einen guten Weg eingeschlagen, indem sie Vorschläge der Zivilgesellschaft berücksichtigt. TTIP ist eine Chance, das bestehende ISDS-System zu modernisieren und hohe Standards für zukünftige Abkommen mit Entwicklungs- und Schwellenländern zu setzen. Auf ISDS zu verzichten, wäre die falsche Strategie für mehr globalen Handel ohne Hemmnisse und ein schlechtes Signal für investitionsbereite Unternehmen.“

Aus Sicht des VCI muss eine Reform bei ISDS die Schutzstandards genau definieren und eine Berufungsinstanz etablieren. Insgesamt müsse das ISDS-System aber wesentlich transparenter werden. „Die Vorschläge, die Bundeswirtschaftsminister Gabriel dazu aktuell in Brüssel eingereicht hat, stellen die richtigen Weichen: Beispielsweise eine feste Institution mit zwei Instanzen, die auch eine Revision zulässt, oder eine transparente Auswahl der Richter“, erklärte Dekkers. Wenn zusätzlich das Prinzip realisiert werde, dass der Verlierer des Verfahrens die Kosten tragen müsse, werde ein leichtfertiger Gebrauch von ISDS vermieden.

Dekkers machte deutlich, dass eine Reform des Investitionsschutzes im Rahmen von TTIP jedoch nur ein Zwischenschritt sein sollte: „Langfristig wäre ein fest

installierter und völkerrechtlich anerkannter internationaler Investitionsgerichtshof unsere Wunschlösung. Das wäre die beste Antwort auf die Bedenken der Bürger.“

Der VCI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von mehr als 1.650 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Der VCI steht für mehr als 90 Prozent der deutschen Chemie. Die Branche setzte 2014 über 193 Milliarden Euro um und beschäftigte rund 444.500 Mitarbeiter.

Kontakt: VCI-Pressestelle Telefon: 069 2556-1496

E-Mail: presse@vci.de

Hinweis: Nachrichten des VCI auch auf Twitter: <http://twitter.com/chemieverband>